Verordnung über die Harmonisierung amtlicher Register (RegV)

vom 12.03.2008 (Stand 01.08.2016)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

gestützt auf Artikel 2 bis 4, 6, 14 und 15 des Gesetzes vom 28. November 2006 über die Harmonisierung amtlicher Register (RegG[1)]), Artikel 8 Absatz 3 des Gesetzes vom 12. September 1985 über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizer (GNA[2)]) und Artikel 18a des Gesetzes vom 28. Mai 1911 betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB[3)]),

auf Antrag der Finanzdirektion,

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 *Begriffe*

[1] In dieser Verordnung bedeuten

a * WAN: Weitbereichsdatennetz der Kantonsverwaltung,
b EGID: Gebäudeidentifikator nach Artikel 6 Buchstabe c des Bundesgesetzes vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz, RHG[4)]),
c Ereignis: die Änderung eines Identifikators oder einer Merkmalsausprägung sowie der Grund dafür,
d EWID: Wohnungsidentifikator nach Artikel 6 Buchstabe d RHG,
e GWR: Gebäude- und Wohnungsregister,
f Gemeinden: Einwohnergemeinden und gemischte Gemeinden,
g KAIO: Amt für Informatik und Organisation des Kantons Bern,
h * UID: Unternehmens-Identifikationsnummer nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a des Bundesgesetzes vom 18. Juni 2010 über die Unter-nehmens-Identifikationsnummer (UIDG[5)]),

1) BSG 152.05
2) BSG 122.11
3) BSG 211.1
4) SR 431.02
5) SR 431.03

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

i ***** VN: Versichertennummer nach Artikel 50c des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG[2)]),[3)]

k ***** SV: Steuerverwaltung des Kantons Bern.

[2] Im Übrigen gelten in dieser Verordnung die Begriffsbestimmungen des RHG und des RegG.

Art. 2 *Berechtigungen*

[1] Die in der GERES-Plattform und der ZPV bearbeiteten Daten, der Umfang des Zugriffs und die Berechtigungen für den Zugriff richten sich für die GERES-Plattform nach Anhang 1, für die ZPV nach Anhang 2 und 3.

[2] Soweit Anhang 1 und 3 keine eingehendere Regelung enthalten, gelten GERES- und ZPV-Zugriffsberechtigungen einer zugriffsberechtigten Behörde auch für dieser hierarchisch untergeordnete Stellen. *****

[3] Die GERES-Berechtigungen der Gemeinden und ihrer Organe erstrecken sich grundsätzlich nur auf die Daten, welche die in der Gemeinde niedergelassenen oder sich in ihr aufhaltenden Personen betreffen (Profil 2 Anhang 1). Um den Zu- und Wegzug von Personen nachzuvollziehen, können die Gemeinden die Daten aller in der GERES-Plattform verzeichneten Personen gemäss Profil 2a einsehen. Zudem haben die regionalen Sozialdienste im Umfang des Profils 2b Einsicht auf die Daten aller Personen, welche den Gemeinden ihrer Region angehören. *****

[4] Die Berechtigungen der Burger- und Kirchgemeinden, der Gemeinden der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften und ihrer Organe erstrecken sich nur auf die Daten, welche die jeweiligen Gemeindemitglieder betreffen.

[5] Im Rahmen der Zugriffsberechtigungen dürfen Personendaten nur zur Erfüllung der jeweiligen gesetzlichen Aufgaben bearbeitet werden.

Art. 3 *Benutzerkonti*

[1] Die zugriffsberechtigten Behörden üben ihre Berechtigungen durch ihre Organe und Mitglieder aus. Diese verfügen über persönliche GERES- bzw. ZPV-Benutzerkonti.

[2] Für Informationssysteme, die Daten mit der GERES-Plattform oder der ZPV austauschen, können unpersönliche Benutzerkonti eröffnet werden.

---

2) SR 831.10

3) Entspricht dem bisherigen Buchstaben h

[3] Die Benutzerkonti sind im Rahmen der Berechtigungen der jeweiligen Behörde mit Zugriffsmöglichkeiten in der Form von Detailprofilen verbunden.

[4] … *

Art. 4 *Berechtigungsregelung*

[1] Die zugriffsberechtigten Behörden regeln im Rahmen ihrer Berechtigungen für sich und hierarchisch untergeordnete Stellen durch eine Berechtigungsregelung, *

a welchen Behördenmitgliedern und Informationssystemen welche Detailprofile zugeteilt werden,

b * welche Behördenmitglieder dem KAIO oder der SV die Eröffnung, Änderung oder Aufhebung der Benutzerkonti beantragen können.

[2] Sie beachten dabei, dass niemand über mehr Möglichkeiten zur Datenbearbeitung verfügt, als zur Aufgabenerfüllung benötigt werden.

[3] Sie teilen ihre Berechtigungsregelung und Detailprofile sowie jene der hierarchisch untergeordneten Stellen und alle Änderungen dem KAIO mit, das die Berechtigungsregelungen inkl. Detailprofile im Internet veröffentlicht. *

[4] Die Gemeinden sowie die Burger- und Kirchgemeinden erlassen die Berechtigungsregelung in der Form einer Verordnung des Gemeinderates, die Direktionen und die übrigen berechtigten Stellen in der Form einer Verwaltungsweisung.

[5] Benutzerkonti dürfen nur gestützt auf Berechtigungsregelungen und Detailprofile eingerichtet werden, welche die Profile gemäss Anhang 1 und 2 umfassen. *

Art. 5 *Wegfall von Meldepflichten*

[1] Anhang 4 bestimmt, welche Personendaten welchen Behörden nicht mehr gemeldet werden müssen, sobald sie der Einwohnerkontrolle (inkl. Fremdenkontrolle) mitgeteilt worden sind (Art. 11 Abs. 1 RegG).

2 GERES-Plattform

2.1 Zu übermittelnde Daten der Gemeinden

Art. 6 *Datenlieferung*

[1] Die Gemeinden übermitteln die Daten nach Anhang 1 der in der Gemeinde niedergelassenen oder sich in ihr aufhaltenden Personen auf die GERES-Plattform, soweit die entsprechenden Identifikatoren und Merkmale in der Einwohnerkontrolle, der Fremdenkontrolle oder im Stimmregister geführt werden.

[2] Das KAIO kann die erneute Lieferung der Daten anordnen und die Gemeinden anweisen, die Qualität ihrer Registerdaten mit dem Validierungsservice des Bundesamtes für Statistik zu überprüfen. *****

Art. 7 *Mutationsmeldungen*

[1] Die Gemeinden übermitteln vom Zeitpunkt der endgültigen Datenübernahme an fortlaufend die Ereignisse, die sich auf die Identifikatoren und Merkmale gemäss Artikel 6 Absatz 1 beziehen, auf die GERES-Plattform.

[2] Die Übermittlung erfolgt: *****

a ***** 75 Tage vor jeder Abstimmung oder Wahl für die Ereignisse aus dem Stimmregister (Daten gemäss Anhang 1 Ziff. 11),
b fortlaufend, jedoch mindestens einmal pro Arbeitstag, für alle anderen Ereignisse.

2.2 Datenübermittlung durch die Gemeinden

Art. 8 *Form der Datenübermittlung*

[1] … *****

[2] Sie erfolgt mittels einer Registerführungssoftware, die über eine Schnittstelle verfügt, die durch das KAIO für die Datenübermittlung auf die GERES-Plattform zertifiziert worden ist (Art. 25).

Art. 9 *Datenverwaltung und -bereinigung*

[1] Der Kanton stellt den Gemeinden zur kostenlosen Nutzung eine plattformunabhängige Software zur Verwaltung und Bereinigung der übermittelten Daten auf der GERES-Plattform zur Verfügung.

[2] Die Gemeinden überprüfen die übermittelten Ereignisse mindestens einmal pro Woche mit dieser Software und korrigieren die allfällig festgestellten Fehler in den betroffenen Registern.

Art. 10 *WAN-Zugang* ***

[1] Die Gemeinden erhalten einen Zugang zum WAN. Das KAIO kann weiteren Stellen ausserhalb der Kantonsverwaltung, die zum Abruf von Daten der GERES-Plattform oder der ZPV berechtigt sind oder den Zugang für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigen, auf Antrag hin einen Zugang zum WAN gewähren. *

[2] Das KAIO verfügt die Bedingungen für den Zugang zum WAN im Rahmen der folgenden Bestimmungen: *

a * Für Einwohnergemeinden und die Burgergemeinden nach Artikel 14 Buchstabe c ist der WAN-Zugang über einen Anschluss und im Rahmen des vom KAIO festgelegten normalen Leistungsumfangs kostenlos. Für weitere Anschlüsse und für die WAN-Nutzung durch andere Stellen sind sämtliche Selbstkosten, die dem Kanton dafür entstehen, zu erstatten.

b Die BEWAN-Zugangsbedingungen bestimmen die Art und Menge der vom Kanton zur Verfügung gestellten Zugangsausrüstung nach Massgabe der Grösse der Gemeinde.

c Sie bestimmen weiter die Massnahmen zur Gewährleistung der Informationssicherheit und des Datenschutzes und die weiteren Sicherheitsauflagen für die Stelle, die das BEWAN nutzt. Die Auflagen entsprechen sinngemäss denjenigen, die für die an das BEWAN angeschlossenen Stellen der Kantonsverwaltung gelten.

Art. 11 *Umstellungsbeitrag*

[1] Der Kanton zahlt den Gemeinden nach der endgültigen Datenübernahme einmalig 2.18 Franken pro übertragenem vollständigem Einwohnerdatensatz.

[2] Der Anspruch entfällt, wenn die endgültige Datenübernahme nicht bis am 30. September 2009 erfolgt ist. Bei Verzögerungen, welche die Gemeinden nicht zu vertreten haben, kann das KAIO diese Frist durch Verfügung um bis zu ein Jahr verlängern.

2.3 Datenlieferungen zur Unterstützung der Registerharmonisierung

Art. 12 *Datenlieferungen nach Artikel 8 Absatz 3 GNA*

[1] Der Gemeinderat kann industrielle Werke durch Verfügung dazu verpflichten, der Gemeinde regelmässig und unentgeltlich diejenigen Daten zu übermitteln, die zur Bestimmung und Nachführung des EWID von in der Gemeinde niedergelassenen oder sich in ihr aufhaltenden Personen notwendig sind.

[2] Die Verfügung setzt voraus, dass

a die Werke ihre Leistungen auf dem Gemeindegebiet erbringen,
b die Werke die geforderten Daten im Rahmen ihrer Tätigkeit führen,
c die Übermittlung den Werken den Umständen nach zumutbar ist.

[3] Die Verfügung bestimmt die zu übermittelnden Daten, den betreffenden Personenkreis sowie die Form und die Periodizität der Übermittlung.

[4] Übermitteln die Werke die geforderten Daten nicht, kann die Gemeinde von ihnen neben anderen Formen des Verwaltungszwangs aufwandsabhängige Gebühren für den Aufwand erheben, welcher der Gemeinde für die Bestimmung und Nachführung des EWID entsteht.

[5] Das KAIO kann bei entsprechender Nachfrage einer Gemeinde für die Datenübermittlung nach diesem Artikel eine sichere elektronische Plattform betreiben, die namentlich auch die Übermittlung von Daten in systematisch geordneter Form nach anerkannten Standards erlaubt.

Art. 13 * *…*

Art. 14 * *Datenabruf von GERES durch weitere Organisationseinheiten*

[1] Die folgenden Behörden haben im Rahmen ihrer Berechtigungen gemäss Anhang 1 im Abruf- oder Meldeverfahren Zugang auf die auf der GERES-Plattform bearbeiteten Daten: *****

a ***** im Aufgabenbereich der Staatskanzlei: der Fachbereich für politische Rechte und seine Beauftragten für die Ermöglichung der elektronischen Stimmabgabe,
b ***** im Aufgabenbereich der Volkswirtschaftsdirektion:
  1. ***** das Amt für Landwirtschaft und Natur zwecks Erfüllung seiner Tierschutzaufgaben,
  2. ***** das Amt für Berner Wirtschaft, Geschäftsbereich Arbeitsvermittlung, zwecks Feststellung der Leistungsberechtigung bei Stellensuchenden.

c * im Aufgabenbereich der Gesundheits- und Fürsorgedirektion:
- *1.* * Das Kantonsarztamt für die Beurteilung von Kostengutsprachegesuchen für ausserkantonale Behandlungen von krankenversicherten Personen mit Wohnsitz im Kanton gemäss Artikel 41 Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG)[1)] und das Spitalamt für die Bearbeitung von Rechnungen für Behandlungen von Personen mit Wohnsitz im Kanton Bern, die vom Kanton gemäss KVG oder Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (IVG)[2)] mitzufinanzieren sind,
- *2.* * die Sanitätsnotrufzentrale nach Artikel 82 des Spitalversorgungsgesetzes vom 13. Juni 2013 (SpVG)[3)] für die Identifikation von Patientinnen und Patienten und ihrer Angehörigen,
- *3.* * das Patientenmanagement der Listenspitäler nach Artikel 17 Absatz 1 SpVG , um zur Erfüllung der gesetzlichen Aufnahme- und Behandlungspflicht die dazu nötigen Patientendaten beschaffen zu können,
- *4.* * die nach Wohnort des Kindes zuständigen Stützpunkte der Mütter- und Väterberatung nach Artikel 71 Buchstabe a des Gesetzes vom 11. Juni 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)[4)] für die Kontaktaufnahme mit den Müttern und Vätern,
- *5.* * die Universität Bern, Institut für Pathologie, zur Führung des Krebsregisters,
- *6.* * die Bernische Krebsliga zwecks Durchführung der Programme zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie.

d * im Aufgabenbereich der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion:
- *1.* * die Grundbuchämter, um die Gesuche auf Befreiung von der Handänderungssteuer beurteilen zu können,
- *2.* * die Regierungsstatthalterämter zwecks Vollzugs der Aufgaben im Erbschafts- und Zivilstandswesen sowie im Bereich der häuslichen Gewalt,
- *3.* * die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben,
- *4.* * die Burgergemeinden Aarberg, Bern (inkl. Zünfte), Biel, Bözingen, Burgdorf und Thun für die Erfüllung ihrer Aufgaben im Sozialbereich,
- *5.* * die Kirchgemeinden und Gesamtkirchgemeinden der Landeskirchen für die Führung ihrer Mitglieder- und Stimmregister,

---

1) SR 832.10
2) SR 831.20
3) BSG 812.11
4) BSG 860.1

6. * das Amt für Sozialversicherungen für die Aufsicht im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und für den Vollzug der Prämienverbilligung,
7. * die Ausgleichskasse des Kantons Bern zum Vollzug der Gesetzgebung in ihren Aufgabenbereichen.

e * im Aufgabenbereich der Polizei- und Militärdirektion:
1. * die Kantonspolizei für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nach Artikel 1 Absatz 1 des Polizeigesetzes vom 8. Juni 1997 (PolG)[2)],
2. * das Amt für Justizvollzug zwecks Erfüllung seiner Strafvollzugsaufgaben,
3. * das Amt für Migration und Personenstand für die Ausstellung von Ausweisen und für die Wahrnehmung seiner Aufgaben im Bereich des Zivilstandswesens und des Migrationsdienstes,
4. * das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt für die Ausstellung und den Entzug von Ausweisen und Bewilligungen sowie für die Wahrnehmung seiner Aufgaben im Bereich der Erhebung von Verkehrssteuern und Gebühren,
5. * das Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär für die Rekrutierung von Wehr- und Zivildienstpflichtigen sowie für den Vollzug der Vorschriften über die Wehrpflichtersatzabgabe.

f * im Aufgabenbereich der Finanzdirektion: Die SV für die Steuerveranlagung, nach besonderer Freigabe der entsprechenden Daten durch die Gemeinden; die Region Bern-Mittelland der SV hat zwecks Veranlagung der im Ausland wohnhaften Angestellten des Eidgenössischen Departementes für äussere Angelegenheiten (EDA) zusätzlich Zugang zum Merkmal Heimatort, der Bereich Gemeindesupport der SV zu sämtlichen Merkmalen.

g * im Aufgabenbereich der Erziehungsdirektion:
1. * das Generalsekretariat der Erziehungsdirektion zwecks Planung, Evaluation und statistischer Erfassung des Bildungswesens,
2. * das Amt für Zentrale Dienste der Erziehungsdirektion zur Bemessung der Ausbildungsbeiträge,
3. * das Mittelschul- und Berufsbildungsamt zwecks Erhebung des Bedarfs an Brückenangeboten.

h * im Aufgabenbereich der Justizbehörden:
1. * die Zivil- und Strafgerichte sowie die Staatsanwaltschaft zur Erfassung der Daten von Verfahrensbeteiligten,

---

[2)] BSG 551.1

2. ***** die Koordinationsstelle Strafregister und DNA der Justizleitung für Eintragungen im Strafregister-Informationssystem VOSTRA.

i–v ***** …

[2] Umfasst eine Berechtigung zum Abruf von Daten aus GERES nur die Daten eines eingeschränkten Personenkreises und ergibt sich nicht eindeutig, ob eine Person zu diesem Personenkreis gehört, erfolgt der Datenabruf wie folgt: *****

a ***** Die abrufende Stelle identifiziert die Person, deren Daten sie abrufen will, anhand der VN. Falls diese ihr nicht vorliegt, muss die Abfrage mindestens über den Namen, Vornamen sowie das Geburtsdatum erfolgen.

b ***** Die GERES-Plattform übermittelt der abrufenden Stelle die Daten der so bezeichneten Person im Umfang ihrer Berechtigung und ihrer Anfrage.

c ***** Das KAIO prüft die entsprechenden Anfragen regelmässig, mindestens vierteljährlich, stichprobenweise auf ihre Plausibilität. Bei Anzeichen von Missbrauch sperrt es den Datenabruf durch das betreffende Benutzerkonto bis zum Nachweis der Berechtigung der anfragenden Stelle.

[3] Die Bearbeitungsvorschriften gemäss Absatz 2 gelten für die folgenden abrufenden Stellen: *****

a die Kirch- und Gesamtkirchgemeinden,

b die Burgergemeinden,

c die burgerliche Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

2.4 Wohnungsnummer *****

Art. 14a * *Administrative Wohnungsnummer*

[1] Die Gemeinden können eine administrative Wohnungsnummer vergeben und im Einwohnerregister (inkl. Fremdenkontrolle) führen.

[2] Sie übermitteln die Nummer als «Wohnungsnummer des Kantons oder der Gemeinde» nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung des Bundesrates vom 31. Mai 2000 über das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (GWR-VO[1)]) der für die Führung des GWR zuständigen Stelle.

[3] Sie können Dritte mit der Vergabe der Nummer und mit der für die Führung der amtlichen Register notwendigen Zuordnung von Personen zu Wohnungen beauftragen.

Art. 15 *Physische Wohnungsnummer* *****

[1] Die Gemeinden können alle oder bestimmte Wohnungen auf ihrem Gebiet mit der administrativen Wohnungsnummer beschriften. *****

[1)] SR 431.841

[2] Das Nummerierungsschema sowie die Ausgestaltung und Platzierung der Nummernschilder richten sich nach den Empfehlungen des Bundesamtes für Statistik.

[3] Die Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer sowie die Bewohnerinnen und Bewohner sind verpflichtet, den mit der Beschriftung beauftragten Personen bis vor die Wohnungstür Zugang zu gewähren und ihnen über Namen und Vornamen der wohnhaften Personen Auskunft zu erteilen.

[4] Sie sind verpflichtet, beschädigte oder entfernte Nummernschilder der Gemeinde zu melden.

2.5 Aufsicht

Art. 16

[1] Die Aufsicht über die Gemeinden im Bereich der Gesetzgebung über die Harmonisierung der amtlichen Register richtet sich nach der Gemeindegesetzgebung.

3. Zentrale Personenverwaltung (ZPV)

Art. 17 *Zweck* *******

[1] Die Zentrale Personenverwaltung (ZPV) dient dem Vollzug der Steuergesetzgebung und den in Artikel 18 Absatz 2 genannten Stellen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben. *******

[2] Anhang 2 nennt die in der ZPV geführten Daten und beschreibt die bestehenden Berechtigungsprofile. *******

Art. 18 *Nutzung* *******

[1] Die ZPV wird von der SV und den Steuerbehörden der Gemeinden genutzt. *******

[2] Zugriff haben ausserdem die nachfolgend aufgeführten Systeme bzw. Behörden: *******

a ******* das elektronische Grundbuch,
b ******* die weiteren Grundstücksdatensysteme der Kantonsverwaltung, namentlich die Anwendungen der amtlichen Vermessung,
c ******* das System des Amtes für Sozialversicherungen zum Vollzug des KVG und für den Vollzug der Prämienverbilligung,
d ******* die Anwendungen der Betreibungs- und Konkursämter,
e ******* …

e1 * die Finanzinformationssysteme der Kantonsverwaltung und der kantonalen öffentlich-rechtlichen Anstalten,
f * das Handelsregisteramt,
g * …
g1 * das Verwaltungsgericht,
h * die Steuerrekurskommission,
i * das Busseninkasso der Justizbehörden,
k * das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt.

[3] Die den Stellen nach Absatz 1 und 2 zustehenden Berechtigungen sind im Anhang 3 geregelt. *

Art. 19 *Benutzerkonten* *

[1] Die SV richtet Benutzerkonten mit individuellen Berechtigungen ein. *

[2] Die Direktionen, die Staatskanzlei und die Justizleitung legen in einer Verwaltungsweisung gemäss Artikel 4 Absatz 4 fest, *

a * welchen Behördenmitgliedern und Informationssystemen welche Profile zugeteilt werden und
b * welche Behördenmitglieder bei der SV die Eröffnung, Änderung und Aufhebung der Benutzerkonten beantragen können.

[3] Sie teilen die Berechtigungsregelung und alle Änderungen derselben der SV mit. Diese veröffentlicht die Berechtigungsregeln im Internet. *

[4] Die Steuerbehörden der Gemeinden stellen Anträge zur Eröffnung, Änderung oder Aufhebung von Benutzerkonten durch die Leitenden der Steuerbehörde, die Finanzverwalterin oder den Finanzverwalter oder die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber. Die Berechtigungen gemäss Anhang 3 stehen den Leitenden und Mitarbeitenden der Steuerbehörde zu. *

Art. 20 *Informationssicherheit und Datenschutz* *****

[1] Die SV betreibt die ZPV. Sie ist für deren Informationssicherheit und Datenschutz zuständig. Sie legt die Anforderungen für die Bearbeitung von Daten fest und ist verantwortlich für die Datenvernichtung. *****

[2] Die SV stellt durch technische und organisatorische Massnahmen sicher, dass nur berechtigte Stellen und Personen Zugriff erhalten. Sie kann hierzu Weisungen erlassen. Sie stellt insbesondere folgendes sicher: *****

a ***** Zugriffs- und Änderungsschutz: Eine sichere Authentisierung der berechtigten Personen und Stellen sowie eine detaillierte Beschreibung ihrer jeweiligen Lese- und Schreibrechte verhindert die unbefugte Kenntnisnahme, Bekannt- und Weitergabe sowie Veränderung der Daten der ZPV. Die Daten der ZPV werden ausschliesslich verschlüsselt übermittelt.

b ***** Zugriffs- und Änderungskontrolle: Änderungen von Daten auf der ZPV sowie Lesezugriffe werden aufgezeichnet und kontrolliert.

c ***** Verfügbarkeit: Die Verträge mit der Betreiberin der ZPV sehen eine regelmässige Datensicherung vor. Sie gewährleisten, dass die ZPV dauernd und nach einem Ausfall rasch wieder verfügbar ist.

[3] Die SV setzt und löscht auf schriftlichen Antrag der Betroffenen Sperrvermerke in der ZPV (Art. 10 Abs. 1 RegG). *****

[4] Die Verantwortung über die Daten der ZPV liegt bei der SV. Die ZPV-Nummer kann nur von jenen Registern geführt werden, die auf die ZPV zugreifen können. *****

[5] Die SV betreibt eine Clearingstelle sowohl für die ZPV als auch für die GERES-Plattform, Die GERES-Clearingstelle betreibt die SV im Auftrag sowie unter der Verantwortung des KAIO. *****

Art. 21 *Formen und Kosten der Nutzung* *****

[1] Die Nutzung der ZPV erfolgt automatisiert über das WAN und mit einer Schnittstelle zwischen der Registeranwendung und der ZPV oder interaktiv über das WAN mit einer von der SV zur Verfügung gestellten Software. *****

[2] Die Nutzung der ZPV ist grundsätzlich kostenlos. Die SV kann den Aufwand für besondere Dienstleistungen in Rechnung stellen. *****

4 Aufgaben des KAIO

4.1 Im Allgemeinen

Art. 22 *Allgemeine Zuständigkeiten*

[1] Das KAIO erfüllt, wo nötig in Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Kantonsverwaltung, die sich aus dem RegG und seinen Ausführungsbestimmungen ergebenden Aufgaben des Kantons, wo die vorerwähnten Erlasse oder die weitere Gesetzgebung nichts anderes bestimmen. Insbesondere

a ist es die für die Koordination, Durchführung und Qualitätskontrolle der Registerharmonisierung zuständige Stelle gemäss Artikel 9 RHG,
b * betreibt es die GERES-Plattform,
c * verwaltet es die Berechtigungen dieser Anwendung,
d–e * …
f * besorgt es die Datenvernichtung auf der GERES-Plattform nach Massgabe des RegG,
g * übermittelt es nach Massgabe der Bundes- und der besonderen Gesetzgebung Daten der GERES-Plattform an dazu berechtigte Stellen.
h * …

Art. 22a * *Datenbekanntgabe*

[1] Das KAIO kann einzelfallweise im Rahmen der Artikel 10 oder 15 des Datenschutzgesetzes vom 19. Februar 1986 (KDSG[1)]) Daten aus der GERES-Plattform an Behörden bekannt geben. *

[2] Es kann regelmässig bekannt geben:

a an die von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion mit der Durchführung von Programmen zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammografie beauftragten Organisationen: Daten für die Kontaktaufnahme mit den Frauen der betroffenen Altersgruppe,
b an das Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär: Zustelladressen von Kindern zum Zweck der Information über Programme im Bereich Sport und Gesundheit.

Art. 23 *Informationssicherheit und Datenschutz*

[1] Das KAIO ist für Informationssicherheit und Datenschutz im Bereich der GERES-Plattform und des WAN verantwortlich. *

[1)] BSG 152.04

[2] Es stellt durch technische und organisatorische Massnahmen insbesondere folgende Punkte sicher:

a ***** Zugriffs- und Änderungsschutz: Eine sichere Authentisierung der berechtigten Personen und Stellen sowie eine detaillierte Beschreibung ihrer jeweiligen Lese- und Schreibrechte verhindert die unbefugte Kenntnisnahme, Bekannt- und Weitergabe sowie Veränderung der Daten der GERES-Plattform. Die Daten der GERES-Plattform werden ausschliesslich verschlüsselt übermittelt.

b ***** Zugriffs- und Änderungskontrolle: Alle Änderungen von Daten auf der GERES-Plattform sowie Lesezugriffe mit erhöhter Missbrauchsgefahr werden aufgezeichnet und mindestens vierteljährlich stichprobenweise auf Unregelmässigkeiten hin überprüft. Die Aufzeichnungen werden sechs Monate lang aufbewahrt.

c ***** Verfügbarkeit: Die Verträge mit der Betreiberin der GERES-Plattform sehen eine regelmässige Datensicherung vor. Sie gewährleisten, dass die GERES-Plattform dauernd und nach einem Ausfall rasch wieder verfügbar ist.

d Audits: Die Umsetzung der Massnahmen der Informationssicherheit und des Datenschutzes wird regelmässig durch Dritte überprüft.

[3] Es bestimmt die zu treffenden Massnahmen gestützt auf eine Risikoanalyse nach Massgabe des Stands der Technik und bewährter Normen.

[4] Es erlässt zur Umsetzung der Massnahmen Weisungen oder Verfügungen oder schliesst Verträge ab.

[5] Es sorgt für eine angemessene Ausbildung der Benutzerinnen und Benutzer der GERES-Plattform. *****

Art. 24 *Fachliche Weisungen*

[1] Das KAIO erlässt die für die Harmonisierung der kantonalen Register notwendigen fachlichen Weisungen.

[2] Es legt die Anforderungen für die Bearbeitung von Daten auf der GERES-Plattform fest. *****

[3] Es definiert die Schnittstellenspezifikation für die GERES-Plattform und bestimmt die Versionen dieser Spezifikation, die für die Datenübermittlung auf die GERES-Plattform zugelassen sind (Art. 27).

[4] Es orientiert sich bei der Umsetzung dieses Artikels an den Vorgaben des Bundes, am Stand der Technik und an etablierten technischen und fachlichen Standards.

[5] Es macht die Weisungen nach diesem Artikel über das Internet zugänglich.

4.2 Zertifizierung der Schnittstellen der Gemeinderegisterführungssoftware

Art. 25 *Grundsatz*

[1] Das KAIO prüft und zertifiziert auf schriftlichen Antrag hin Softwareschnittstellen für die Übermittlung von Daten auf die GERES-Plattform.

[2] Die Antragstellerinnen und Antragsteller sind zur Mitwirkung an der Prüfung verpflichtet.

[3] Die Zertifizierung bestätigt, dass die geprüfte Version der Schnittstelle für die Datenübermittlung auf die GERES-Plattform tauglich und zugelassen ist.

Art. 26 *Antragsberechtigung*

[1] Antragsberechtigt ist, wer nachweisen kann, dass er

a eine Schnittstelle zwischen der GERES-Plattform und einer Gemeinderegisterführungssoftware entwickeln will, die im Kanton vertrieben wird oder in absehbarer Zeit vertrieben werden soll, und

b zur Vervielfältigung und Veränderung der Schnittstellensoftware und der dazu gehörenden Gemeinderegisterführungssoftware in dem Umfang, wie dies für die Umsetzung der Anforderungen an die Schnittstelle und für die Zertifizierung notwendig ist, in der Lage und berechtigt ist (Rechteinhaberin oder Rechteinhaber).

Art. 27 *Zugelassene Schnittstellen*

[1] Für die Datenübermittlung auf die GERES-Plattform zugelassen sind Schnittstellen, die eine der folgenden Spezifikationen richtig und vollständig umsetzen:

a * die Normen des Vereins eCH «eCH-0011 Datenstandard Meldewesen», «eCH-0020 Meldegründe», «eCH-0021 Zusätzliche Meldedaten der Einwohnerkontrolle» und «eCH-0045 Datenstandard Stimm- und Wahlregister» oder

b die Schnittstellenspezifikation für die GERES-Plattform in einer derjenigen Versionen, die auf der Website des KAIO als zugelassen gekennzeichnet sind.

Art. 28 *Auflagen*

[1] Die Zertifizierung erfolgt unter der Auflage gegenüber den Rechteinhaberinnen oder den Rechteinhabern, dem KAIO unter Angabe der Versionsnummer unverzüglich mitzuteilen, wenn und inwiefern

a die Schnittstellensoftware oder die dazugehörende Gemeinderegisterführungssoftware eine funktionale Änderung erfährt, von der nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie sich auf die im Rahmen der Zertifizierung geprüfte Funktion der Schnittstellensoftware auswirkt,

b die Rechte an der Schnittstellensoftware oder der dazugehörenden Gemeinderegisterführungssoftware an Dritte übergehen.

[2] Das KAIO kann die Zertifizierung mit weiteren Auflagen verbinden.

Art. 29 *Entzug und Erlöschen*

[1] Das KAIO kann die Zertifizierung jederzeit entziehen, namentlich

a bei einer Änderung der tatsächlichen, rechtlichen oder technischen Grundlagen der Zertifizierung,

b bei einer Verletzung der Zertifizierungsauflagen.

[2] Die Zertifizierung erlischt ohne weiteres, wenn die Version der Schnittstellenspezifikation, die durch die geprüfte Version der Schnittstelle umgesetzt wird, nicht mehr für die Datenübermittlung auf die GERES-Plattform zugelassen ist.

Art. 30 *Kosten*

[1] Die Zertifizierung ist grundsätzlich kostenlos.

[2] Die Antragstellerinnen und Antragsteller tragen ihre eigenen Kosten.

[3] Das KAIO kann aufwandsabhängige Gebühren nach Artikel 8 der Verordnung vom 22. Februar 1995 über die Gebühren der Kantonsverwaltung (Gebührenverordnung, GebV[1)]) erheben, wenn ihm im Zusammenhang mit der Erteilung oder dem Entzug der Zertifizierung ein besonderer Aufwand entsteht, den die Antragstellenden zu vertreten haben, namentlich wegen unzureichender Mitwirkung.

[1)] BSG 154.21

4.3 Verfügungen

Art. 31

[1] Das KAIO verfügt oder stellt durch Verfügung namentlich fest *****

a den Zeitpunkt für Datenübernahmen (Art. 6) nach formloser Anhörung der Gemeinde,
b die erfolgte endgültige Datenübernahme,
c ***** die WAN-Zugangsbedingungen (Art. 10 Abs. 2),
d den Anspruch der Gemeinde auf Entgelt (Art. 11),
e ***** …
f die Umsetzung der Massnahmen der Informationssicherheit und des Datenschutzes (Art. 23 Abs. 4),
g die Nichterteilung oder den Entzug der Zertifizierung der Softwareschnittstelle (Art. 25 und 29),
h die Erteilung der Zertifizierung der Softwareschnittstelle unter zusätzlichen Auflagen (Art. 28 Abs. 2).

5 Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 32–35 * …

Art. 36 *Änderung von Erlassen*

[1] Folgende Erlasse werden geändert:

1. Verordnung vom 18. Juni 1986 über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizer (VNA[1)]):
2. Verordnung vom 19. Juli 1972 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer[2)]:
3. Verordnung vom 10. Dezember 1980 über das Stimmregister[3)]:
4. Verordnung vom 18. Oktober 1995 über die Organisation und die Aufgaben der Finanzdirektion (Organisationsverordnung FIN, OrV FIN[4)]):
5. Verordnung vom 19. Oktober 1994 über die Entschädigung der Gemeinden für die Registerführung im Kirchenwesen[5)]:

---

1) BSG 122.161
2) Aufgehoben durch EinführungsV vom 14. 10. 2009 zum Ausländer - und zum Asylgesetz, BSG 122.201
3) BSG 141.113
4) BSG 152.221.171
5) BSG 415.11

Art. 37 *Aufhebung eines Erlasses*

[1] Die Verordnung vom 14. Dezember 2005 über den Datenabgleich mit den Finanzinformationssystemen (Finanzdatenabgleichsverordnung, FDAV) (BSG 152.041.2) wird aufgehoben.

Art. 38 *Inkrafttreten*

[1] Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2008 in Kraft.

T1 Übergangsbestimmungen der Änderung vom 30.06.2010 *

Art. T1-1 *

[1] Die Berechtigung des Amtes für Migration und Personenstand zum Zugriff auf die Merkmale gemäss Ziffern 1.6.1 bis 1.6.10 des Anhangs 1 zur RegV gilt erst ab dem 1. Januar 2011.

[2] Die Gemeinden setzen Artikel 14 Buchstabe h der Verordnung über das Stimmregister bis spätestens am 30. November 2011 um.

Bern, 12. März 2008

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Gasche
Der Staatsschreiber: Nuspliger

Vom Eidgenössischen Departement des Innern zur Kenntnis genommen am 8. Mai 2008.

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
12.03.2008	01.06.2008	Erlass	Erstfassung	08-40
01.07.2009	01.10.2009	Art. 10 Abs. 2, a	geändert	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Titel 2.4	geändert	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Art. 14a	eingefügt	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Art. 15	Titel geändert	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Art. 15 Abs. 1	geändert	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Art. 18 Abs. 1, a	aufgehoben	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Art. 18 Abs. 2, h	eingefügt	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Art. 34 Abs. 1	geändert	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Art. 34 Abs. 3	geändert	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Art. 34 Abs. 5	eingefügt	09-81
01.07.2009	01.10.2009	Anhang 2	Inhalt geändert	09-81
30.06.2010	01.09.2010	Art. 6 Abs. 2	geändert	10-60
30.06.2010	01.09.2010	Art. 7 Abs. 2	geändert	10-60
30.06.2010	01.09.2010	Art. 14	geändert	10-60
30.06.2010	01.09.2010	Art. 27 Abs. 1, a	geändert	10-60
30.06.2010	01.09.2010	Titel T1	eingefügt	10-60
30.06.2010	01.09.2010	Art. T1-1	eingefügt	10-60
26.10.2011	01.01.2012	Art. 14 Abs. 1, k	eingefügt	11-120
26.10.2011	01.01.2012	Art. 14 Abs. 1, l	eingefügt	11-120
26.10.2011	01.01.2012	Art. 14 Abs. 1, m	eingefügt	11-120
26.10.2011	01.01.2012	Art. 18 Abs. 1	geändert	11-120
26.10.2011	01.01.2012	Art. 18 Abs. 2, d	geändert	11-120
26.10.2011	01.01.2012	Art. 18 Abs. 2, g	aufgehoben	11-120
26.10.2011	01.01.2012	Art. 14 Abs. 1, k	geändert	11-129
26.10.2011	01.01.2012	Art. 18 Abs. 2, d	geändert	11-129
24.10.2012	01.01.2013	Art. 1 Abs. 1, h	geändert	12-96
24.10.2012	01.01.2013	Art. 14 Abs. 1, c	geändert	12-96
24.10.2012	01.01.2013	Art. 14 Abs. 1, e	geändert	12-96
24.10.2012	01.01.2013	Art. 14 Abs. 1, n	eingefügt	12-96
24.10.2012	01.01.2013	Art. 14 Abs. 1, o	eingefügt	12-96
24.10.2012	01.01.2013	Art. 14 Abs. 1, p	eingefügt	12-96
24.10.2012	01.01.2013	Art. 22a	eingefügt	12-96
24.10.2012	01.01.2013	Anhang 2	Inhalt geändert	12-96
29.10.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 1, d	geändert	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 1, f	geändert	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 1, q	eingefügt	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 1, r	eingefügt	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 1, s	eingefügt	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 1, t	eingefügt	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 1, u	eingefügt	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 1, v	eingefügt	14-99

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
29.10.2014	01.01.2015	Art. 18 Abs. 2, e	aufgehoben	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Anhang 1	Inhalt geändert	14-99
29.10.2014	01.01.2015	Anhang 3	Inhalt geändert	14-99
09.12.2015	01.02.2016	Art. 1 Abs. 1, a	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 1 Abs. 1, i	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 1 Abs. 1, k	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 2 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 2 Abs. 3	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 3 Abs. 4	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 4 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 4 Abs. 1, b	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 4 Abs. 3	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 4 Abs. 5	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 7 Abs. 2, a	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 8 Abs. 1	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 10	Titel geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 10 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 10 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 10 Abs. 2, a	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 13	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, a	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, b	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, b, 1.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, b, 2.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, c	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, c, 1.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, c, 2.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, c, 3.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, c, 4.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, c, 5.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, c, 6.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, d	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, d, 1.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, d, 2.	eingefügt	16-001

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, d, 3.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, d, 4.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, d, 5.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, d, 6.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, d, 7.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, e	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, e, 1.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, e, 2.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, e, 3.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, e, 4.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, e, 5.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, f	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, g	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, g, 1.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, g, 2.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, g, 3.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, h	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, h, 1.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, h, 2.	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, i	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, k	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, l	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, m	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, n	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, o	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, p	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, q	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, r	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, s	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, t	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, u	aufgehoben	16-001

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 1, v	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 2, a	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 2, b	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 2, c	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 14 Abs. 3	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17	Titel geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17 Abs. 1, a	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17 Abs. 1, b	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17 Abs. 1, c	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17 Abs. 1, d	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17 Abs. 2, a	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 17 Abs. 2, b	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18	Titel geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 1, b	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 1, c	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 1, d	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, a	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, b	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, c	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, d	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, e1	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, f	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, g1	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, h	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, i	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 2, k	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 3	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 3, a	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 3, b	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 3, c	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 3, d	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 3, e	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 18 Abs. 3, f	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19	Titel geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 1, a	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 1, b	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 1, c	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 2, a	eingefügt	16-001

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 2, b	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 3	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 19 Abs. 4	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20	Titel geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 1, a	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 1, b	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 2, a	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 2, b	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 2, c	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 3	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 4	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 20 Abs. 5	eingefügt	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 21	Titel geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 21 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 21 Abs. 1, a	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 21 Abs. 1, b	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 21 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 22 Abs. 1, b	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 22 Abs. 1, c	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 22 Abs. 1, d	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 22 Abs. 1, e	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 22 Abs. 1, f	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 22 Abs. 1, g	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 22 Abs. 1, h	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 22a Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 23 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 23 Abs. 2, a	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 23 Abs. 2, b	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 23 Abs. 2, c	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 23 Abs. 5	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 24 Abs. 2	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 31 Abs. 1	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 31 Abs. 1, c	geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 31 Abs. 1, e	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 32	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 33	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 34	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Art. 35	aufgehoben	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Anhang 1	Name und Inhalt geändert	16-001
09.12.2015	01.02.2016	Anhang 3	Name und Inhalt geändert	16-001

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
08.06.2016	01.08.2016	Art. 14 Abs. 1, e, 2.	geändert	16-042
08.06.2016	01.08.2016	Anhang 1	Inhalt geändert	16-042

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	12.03.2008	01.06.2008	Erstfassung	08-40
Art. 1 Abs. 1, a	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 1 Abs. 1, h	24.10.2012	01.01.2013	geändert	12-96
Art. 1 Abs. 1, i	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 1 Abs. 1, k	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 2 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 2 Abs. 3	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 3 Abs. 4	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 4 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 4 Abs. 1, b	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 4 Abs. 3	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 4 Abs. 5	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 6 Abs. 2	30.06.2010	01.09.2010	geändert	10-60
Art. 7 Abs. 2	30.06.2010	01.09.2010	geändert	10-60
Art. 7 Abs. 2, a	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 8 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 10	09.12.2015	01.02.2016	Titel geändert	16-001
Art. 10 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 10 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 10 Abs. 2, a	01.07.2009	01.10.2009	geändert	09-81
Art. 10 Abs. 2, a	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 13	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14	30.06.2010	01.09.2010	geändert	10-60
Art. 14 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, a	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, b	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, b, 1.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, b, 2.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, c	24.10.2012	01.01.2013	geändert	12-96
Art. 14 Abs. 1, c	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, c, 1.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, c, 2.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, c, 3.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, c, 4.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, c, 5.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 14 Abs. 1, c, 6.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, d	29.10.2014	01.01.2015	geändert	14-99
Art. 14 Abs. 1, d	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, d, 1.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, d, 2.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, d, 3.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, d, 4.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, d, 5.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, d, 6.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, d, 7.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, e	24.10.2012	01.01.2013	geändert	12-96
Art. 14 Abs. 1, e	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, e, 1.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, e, 2.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, e, 2.	08.06.2016	01.08.2016	geändert	16-042
Art. 14 Abs. 1, e, 3.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, e, 4.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, e, 5.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, f	29.10.2014	01.01.2015	geändert	14-99
Art. 14 Abs. 1, f	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, g	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, g, 1.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, g, 2.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, g, 3.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, h	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 1, h, 1.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 1, h, 2.	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 14 Abs. 1, i	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, k	26.10.2011	01.01.2012	eingefügt	11-120
Art. 14 Abs. 1, k	26.10.2011	01.01.2012	geändert	11-129
Art. 14 Abs. 1, k	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, l	26.10.2011	01.01.2012	eingefügt	11-120
Art. 14 Abs. 1, l	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, m	26.10.2011	01.01.2012	eingefügt	11-120
Art. 14 Abs. 1, m	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, n	24.10.2012	01.01.2013	eingefügt	12-96
Art. 14 Abs. 1, n	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, o	24.10.2012	01.01.2013	eingefügt	12-96
Art. 14 Abs. 1, o	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, p	24.10.2012	01.01.2013	eingefügt	12-96
Art. 14 Abs. 1, p	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, q	29.10.2014	01.01.2015	eingefügt	14-99
Art. 14 Abs. 1, q	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, r	29.10.2014	01.01.2015	eingefügt	14-99
Art. 14 Abs. 1, r	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, s	29.10.2014	01.01.2015	eingefügt	14-99
Art. 14 Abs. 1, s	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, t	29.10.2014	01.01.2015	eingefügt	14-99
Art. 14 Abs. 1, t	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, u	29.10.2014	01.01.2015	eingefügt	14-99
Art. 14 Abs. 1, u	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 1, v	29.10.2014	01.01.2015	eingefügt	14-99
Art. 14 Abs. 1, v	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 14 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 2, a	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 2, b	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 14 Abs. 2, c	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 14 Abs. 3	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Titel 2.4	01.07.2009	01.10.2009	geändert	09-81
Art. 14a	01.07.2009	01.10.2009	eingefügt	09-81
Art. 15	01.07.2009	01.10.2009	Titel geändert	09-81
Art. 15 Abs. 1	01.07.2009	01.10.2009	geändert	09-81
Art. 17	09.12.2015	01.02.2016	Titel geändert	16-001
Art. 17 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 17 Abs. 1, a	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 17 Abs. 1, b	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 17 Abs. 1, c	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 17 Abs. 1, d	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 17 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 17 Abs. 2, a	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 17 Abs. 2, b	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18	09.12.2015	01.02.2016	Titel geändert	16-001

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 18 Abs. 1	26.10.2011	01.01.2012	geändert	11-120
Art. 18 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 1, a	01.07.2009	01.10.2009	aufgehoben	09-81
Art. 18 Abs. 1, b	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18 Abs. 1, c	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18 Abs. 1, d	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 2, a	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 2, b	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 2, c	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 2, d	26.10.2011	01.01.2012	geändert	11-120
Art. 18 Abs. 2, d	26.10.2011	01.01.2012	geändert	11-129
Art. 18 Abs. 2, d	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 2, e	29.10.2014	01.01.2015	aufgehoben	14-99
Art. 18 Abs. 2, e1	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 18 Abs. 2, f	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 2, g	26.10.2011	01.01.2012	aufgehoben	11-120
Art. 18 Abs. 2, g1	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 18 Abs. 2, h	01.07.2009	01.10.2009	eingefügt	09-81
Art. 18 Abs. 2, h	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 2, i	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 18 Abs. 2, k	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 18 Abs. 3	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 18 Abs. 3, a	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18 Abs. 3, b	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18 Abs. 3, c	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18 Abs. 3, d	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18 Abs. 3, e	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 18 Abs. 3, f	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 19	09.12.2015	01.02.2016	Titel geändert	16-001
Art. 19 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 19 Abs. 1, a	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 19 Abs. 1, b	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 19 Abs. 1, c	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 19 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 19 Abs. 2, a	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 19 Abs. 2, b	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 19 Abs. 3	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 19 Abs. 4	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 20	09.12.2015	01.02.2016	Titel geändert	16-001
Art. 20 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 20 Abs. 1, a	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 20 Abs. 1, b	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 20 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 20 Abs. 2, a	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 20 Abs. 2, b	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 20 Abs. 2, c	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 20 Abs. 3	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 20 Abs. 4	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 20 Abs. 5	09.12.2015	01.02.2016	eingefügt	16-001
Art. 21	09.12.2015	01.02.2016	Titel geändert	16-001
Art. 21 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 21 Abs. 1, a	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 21 Abs. 1, b	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 21 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 22 Abs. 1, b	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 22 Abs. 1, c	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 22 Abs. 1, d	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 22 Abs. 1, e	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 22 Abs. 1, f	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 22 Abs. 1, g	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 22 Abs. 1, h	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 22a	24.10.2012	01.01.2013	eingefügt	12-96
Art. 22a Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 23 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 23 Abs. 2, a	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 23 Abs. 2, b	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 23 Abs. 2, c	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 23 Abs. 5	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 24 Abs. 2	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 27 Abs. 1, a	30.06.2010	01.09.2010	geändert	10-60
Art. 31 Abs. 1	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 31 Abs. 1, c	09.12.2015	01.02.2016	geändert	16-001
Art. 31 Abs. 1, e	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 32	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 33	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 34	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Art. 34 Abs. 1	01.07.2009	01.10.2009	geändert	09-81
Art. 34 Abs. 3	01.07.2009	01.10.2009	geändert	09-81
Art. 34 Abs. 5	01.07.2009	01.10.2009	eingefügt	09-81
Art. 35	09.12.2015	01.02.2016	aufgehoben	16-001
Titel T1	30.06.2010	01.09.2010	eingefügt	10-60
Art. T1-1	30.06.2010	01.09.2010	eingefügt	10-60
Anhang 1	29.10.2014	01.01.2015	Inhalt geändert	14-99
Anhang 1	09.12.2015	01.02.2016	Name und Inhalt geändert	16-001
Anhang 1	08.06.2016	01.08.2016	Inhalt geändert	16-042
Anhang 2	01.07.2009	01.10.2009	Inhalt geändert	09-81
Anhang 2	24.10.2012	01.01.2013	Inhalt geändert	12-96
Anhang 3	29.10.2014	01.01.2015	Inhalt geändert	14-99

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Anhang 3	09.12.2015	01.02.2016	Name und Inhalt geändert	16-001